

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Landesorganisation Hamburg

a.o. Landesparteitag 01.12.2012

## Antragsbuch NEU

### Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Europa.....  | 3  |
| Der Zersplitterung des Europäischen Parlaments entgegenwirken .....                              | 3  |
| Deutschlands Verantwortung für ein starkes Europa .....  | 4  |
| Arbeit .....   | 7  |
| Prekäre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst vermeiden .....                                     | 7  |
| Soziales.....  | 9  |
| Hinzuverdienstgrenzen für Bezieher von Hartz IV.....   | 9  |
| Forderungen zum Rentenkonzept der SPD.....   | 9  |
| Aufteilung der Pflegezeit ermöglichen .....  | 13 |
| Hamburgisches Mindestlohngesetz gerecht und effektiv gestalten.....                              | 14 |
| Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurücknehmen .....                             | 15 |
| Finanzen .....   | 17 |
| Regulierung der „Schattenbanken“.....  | 17 |
| Änderung des Grundsteuergesetzes .....   | 19 |
| Finanzrahmengesetz anpassen .....  | 21 |
| Gesundheit.....  | 21 |
| Mitarbeiter schützen - Patienten transparent informieren.....                                    | 21 |
| Praxisgebühr .....   | 22 |
| Ärztliche Untersuchungspflicht und verpflichtende Sehtests für Inhaber einer Fahrerlaubnis ..... | 22 |
| Inneres.....   | 24 |
| Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten.....                                      | 24 |
| Kennzeichnungspflicht für Polizisten.....  | 27 |
| Transparenz schaffen - Kennzeichnungspflicht einführen!.....                                     | 28 |
| Neubewertung des Aufenthaltsrechts.....  | 28 |
| Transparenz schaffen - Kennzeichnungspflicht einführen .....                                     | 30 |

|  |    |
|--|----|
| Energiepolitik.....  | 32 |
| Hamburger Energiewende beschleunigen .....   | 32 |
| Wohnen.....  | 33 |
| Mieterhöhung bei Modernisierung .....  | 33 |
| Gleichstellung.....  | 34 |
| Förderung braucht keine Quote - Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst.....  | 34 |
| Anonymisiertes Bewerbungsverfahren für den Öffentlichen Dienst in Hamburg.....   | 38 |
| Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilter ..... | 39 |
| Medien.....  | 42 |
| Internetdienste .....  | 42 |
| Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im digitalen Zeitalter .....   | 43 |
| Hamburg braucht die Media School.....  | 47 |
| Entwicklungspolitik.....   | 49 |
| Sozialdemokratische Kernforderungen zur Entwicklungszusammenarbeit umsetzen.....   | 49 |
| Verkehr .....  | 50 |
| Die Verkehrsentwicklung in Wilhelmsburg im Kontext des gesamten Süderelberaums für die Menschen und die Wirtschaft aktiv gestalten .....                     | 50 |
| Einrichtung von ausreichenden Fahrradabstellplätzen an den Stationen des ÖPNV (S-Bahn und U-Bahn).....   | 52 |
| Die S4 für Hamburg! Unsere Metropolregion nachhaltig vernetzen.....  | 53 |
| Seniorenfeindliche Tarifpolitik des HVV beenden .....  | 56 |
| Flexibler Freizeitpass im HVV .....  | 56 |
| Verwaltung/Verfassung .....  | 58 |
| Aufhebung der „Quotierung“ von Bezirksabgeordneten und zugewählten Bürgerinnen und Bürgern .....   | 58 |
| Aufhebung der „Quotierung“ von Bezirksabgeordneten und zugewählten Bürgerinnen und Bürgern NEU.....  | 59 |
| Verbraucherschutz .....  | 60 |
| Änderung des § 10 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG): Gewinnabschöpfung.....   | 60 |
| Organisation .....   | 62 |
| Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen .....   | 62 |
| Partizipation ermöglichen! Versammlungszeiten arbeitnehmerfreundlich gestalten .....   | 63 |
| Gebührenfreie Kontoführung für alle Gliederungen.....  | 64 |

# Energiepolitik

Antragsbereich En/ Antrag 1

Kreis III Eimsbüttel

## Hamburger Energiewende beschleunigen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- Die SPD Hamburg fordert Senat und Bürgerschaftsfraktion im Rahmen der vereinbarten partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt, Vattenfall und  
5 *e.on* Hanse dazu auf,
1. unverzüglich ein Wärmekonzept für Hamburg vorzulegen;
  2. darauf hinzuwirken, dass vorhandene und künftige Netzstrukturen für eine  
10 dezentrale Wärmeversorgung eingerichtet werden;
  3. darauf hinzuwirken, dass moderne Mess- und Regeltechnik beschleunigt eingesetzt wird;
  - 15 4. die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Drittanbietern von Wärme den diskriminierungsfreien Zugang zur Netzstruktur zu ermöglichen;
  5. Grundsätze einer Entgeltspolitik aufzustellen, denen zufolge eine Diskriminierung von Drittanbietern etwa durch überhöhte Anschluss- und Durchleitungsentgelte  
20 ausgeschlossen ist;
  6. klare, transparente, verbindliche und einklagbare Anschluss- und Durchleitungsbedingungen zu schaffen;
  - 25 7. Anschluss und Durchleitung regenerativ und dezentral erzeugter Wärme zu fördern;
  8. zu prüfen, ob eine bundeseinheitliche gesetzliche Einspeise- und Vergütungsregelung für Fernwärmenetze vonnöten ist und ggf. eine entsprechende  
30 Bundesratsinitiative zu starten.

### Begründung:

- Das gemeinsame Ziel der Stadt und der beiden Energieversorger ist, die  
35 Energiewende in Hamburg partnerschaftlich umzusetzen. Dabei ist die Fernwärmeversorgung zentraler klima- und energiepolitischer Bestandteil einer entsprechenden Versorgungsstrategie. Durch den anteiligen Erwerb an den regionalen Versorgungsnetzen und den damit verbundenen zusätzlichen Vereinbarungen zur Energiewende hat Hamburg neue energiepolitische  
40 Handlungsmöglichkeiten gewonnen. Ende 2010 hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion sich in einer Drucksache verpflichtet, „eine dezentrale Fernwärmeversorgung

voranzubringen“ (Drucks. 19/8178). Dieser Gedanke ist auch in die Vereinbarungen mit den beiden Energieversorgern eingeflossen. Dort heißt es: „Die Einspeisung Erneuerbarer Energie sowie industrieller Abwärme in die Fernwärmenetze wird  
45 erweitert.“ (Drucks. 20/2392). Beide Energieversorger haben sich in den für die Hamburger Energiewende zugesagten Investitionsprogrammen auch zum Ausbau von dezentralen Blockheizkraftwerken in Kraft-Wärmekopplung verpflichtet. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die künftige zentrale Wärmeproduktion im Innovationskraftwerk in Wedel steht dem nicht entgegen. Sie soll lediglich die  
50 Fernwärmeerzeugung des abgängigen Kohlekraftwerks ersetzen und ansonsten Strom produzieren. Allerdings würde eine Verringerung der zentralen Produktion die Möglichkeiten für eine dezentrale Produktion in Hamburg noch erweitern. Sie hat den Vorteil, dass durch verbrauchsnahe Erzeugung keine Energieverluste durch lange Fernwärmeleitungen zu befürchten sind. Nach Expertenschätzungen lassen  
55 sich durch kürzere Leitungen und Anwendung intelligenter Regeltechnik 20 bis 30 Prozent der Versorgungskosten einsparen. Davon profitieren die Endverbraucher ebenso wie von einer generellen Öffnung der Netze für die Wärmeeinspeisung von Drittanbietern. Sie ist vom Bundeskartellamt in seinem Antwortschreiben auf eine Beschwerde der Verbraucherzentrale Hamburg angemahnt worden. Laut Koopera-  
60 tionsvereinbarung ist *e.on* Hanse bereit, auch Abwärme aus der Industrie in sein Nahversorgungsnetz aufzunehmen. Vattenfall will eine externe Wärmeeinspeisung ins eigene Netz prüfen. Es ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll, die Netze allen Wärmeanbietern auch außerhalb der konzerneigenen Wärmeproduktion zugänglich zu machen. Der dadurch zu erwartende verstärkte Wettbewerb wird Innovation und Effizienz aller Anbieter zu Gunsten von Verbrauchern und Klimaschutz fördern und entsprechend dem Senatsziel die Energiewende beschleunigen.

## Wohnen

Antragsbereich Woh/ Antrag 1

Kreis IV Nord

### Mieterhöhung bei Modernisierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der §559 BGB (Mieterhöhung bei Modernisierung) wird wie folgt ergänzt:

- 5 (4)Die Dauer der Mieterhöhung ist befristet bis zum Ausgleich der Kosten, die gemäß Absatz (1) auf die Miete umgelegt werden. Danach muss die Miete wieder um den Erhöhungsbetrag reduziert werden.

Begründung:

10

Der §559BGB hat in seiner derzeitigen Fassung den Charakter einer gesetzlich